

WOCHENRÜCKBLICK



Neue Erstaufnahmeeinrichtung in Gera ist Schlag ins Gesicht der Bürger und offenbart Versagen des Oberbürgermeisters



Das Land Thüringen wird in Gera eine Erstaufnahmeeinrichtung mit bis zu 700 Plätzen entstehen zu lassen. Das soll bis zu 3,8 Millionen Euro kosten.

Stephan Brandner, direkt gewählter AfD-Bundestagsabgeordneter aus Gera, macht deutlich, dass ein solches Vorhaben vollständig abgelehnt und verhindert gehört und Gera die Aufnahme weiterer Einwanderer nicht schultern könne.

„Entweder spürt der Oberbürgermeisters klammheimliche Freude oder er flunkert oder in der Landesregierung nimmt ihn keiner Ernst. Wie auch immer: er hat vollständig versagt, seine angeblichen Worte zeigen keinerlei Wirkung. Ich frage mich, ob es Gespräche mit Ramelow und Co. überhaupt gab oder ob Vonarb den Widerstandskämpfer nur in der Öffentlichkeit gibt, um sich wenigstens noch einen Hauch der Chance auf eine Wiederwahl zu bewahren. Für mich steht fest, daß es in Gera kein neues Flüchtlingslager geben darf. Gera ist schon überfordert und überlastet. Auch die Kriminalität durch Ausländer in unserer Stadt ist beängstigend und wir können und wollen keine weiteren Lasten tragen!“



Pressemitteilungen

Grundfunk und Programmauftrag statt öffentlich-rechtlicher Rundfunk

Mit einem sogenannten ‚Manifest‘ wenden sich Drehbuchautoren und Regisseure gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und fordern u. a. die Stärkung der Mediatheken, einen „quotenfreien Abend“, faire Bezahlung und das Ende der Zentralisierung der ARD-Programmverantwortung auf die Tochterfirma „Degeto“.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher der Alternative für Deutschland, stellt klar, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk keine Spielwiese für sogenannte „Kreative“ sei.

„Es gibt einen klaren Programmauftrag, den es zu erfüllen gibt: Umfassende und ausgewogene Informationen, Bildung, Kultur und Unterhaltung gilt es mit sparsamen Mitteln im Sinne der Bürger anzubieten. Selbstverständlich muss Qualität geboten werden, Wiederholungen sind zu vermeiden, die Bürger müssen angesprochen werden. Das alles ist seit langem nicht mehr der Fall. Deshalb steht die AfD für ein schnelles Ende des real existierenden öffentlich-rechtlichen Rundfunks und die Etablierung eines Grundfunks ohne Zwangsgebühren.“



Rückblick auf die Plenarwoche

Dienstag, 28. November 2023

Regierungserklärung zur Haushaltslage - Fraktionen streiten nach Kanzler-Rede über die Schuldenbremse

Der Bundestag hat sich am Dienstag im Rahmen einer Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) mit den Folgen des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes zum Nachtragshaushalt 2021 befasst. Die Karlsruher Richterinnen und Richter hatten am 15. November den Nachtragsetat für verfassungswidrig und nichtig erklärt. Das Gericht hatte entschieden, dass das Zweite Nachtragshaushaltsgesetz 2021 mit der Schuldenregel des Grundgesetzes (Artikel 109 Absatz 3) sowie mit den Artikeln 110 Absatz 2 und 115 Absatz 2 des Grundgesetzes unvereinbar und damit nichtig ist (Aktenzeichen: 2 BvF 1 / 22). Im Nachgang der Entscheidung hatten die Koalitionsfraktionen die abschließende Beratung des Haushaltsentwurfes für 2024 verschoben, um die Auswirkungen des Richterspruchs auf die Etatplanung zu prüfen. Am Montag beschloss die Bundesregierung zudem einen Entwurf für einen Nachtragshaushalt für das laufende Jahr.

Für die AfD-Fraktion attackierte die Co-Fraktionsvorsitzende Alice Weidel (AfD) die Bundesregierung scharf und forderte Neuwahlen. „Keine zwei Jahre Ampel und Deutschland steckt in der Dauerkrise und steht am Rand der Zahlungsunfähigkeit“, so Weidel. Die Bürger hätten von Scholz keine Regierungs-, sondern eine Rücktrittserklärung erwartet. Die Koalition regiere „gegen die Vernunft, gegen die Wirklichkeit, gegen den Willen und das Wohl der Bürger – und sie regiert gegen die Verfassung“, sagte die AfD-Abgeordnete. Die Krise sei längst eine „umfassende, manifeste Vertrauenskrise geworden“. Die Politik der Regierung „delegitimiert die demokratischen Institutionen in den Augen der redlichen Bürger“. In Richtung Scholz forderte Weidel: „Eröffnen Sie den Weg für Neuwahlen und erlösen Sie dieses Land von der Ampelregierung.“



Rückblick auf die Plenarwoche

Mittwoch, 29. November 2023

Aktuelle Stunde - Bundestag debattiert über Wirtschafts- und Freihandelspolitik

Den Beschluss der Delegierten auf dem Parteitag von Bündnis 90/Die Grünen zum Europawahlprogramm am vergangenen Wochenende, das Mercosur-Freihandelsabkommen in der jetzigen Form nicht zu ratifizieren, hat die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag zum Anlass genommen, am Mittwoch eine Aktuelle Stunde unter dem Titel „Wirtschafts-Wende jetzt – Vorfahrt für Freihandel vor Parteipolitik“ zu beantragen. Jens Spahn (CDU/CSU) fragte, was der Beschluss des Grünen-Parteitags für die Verhandlungen über das Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten, zu denen unter anderen Brasilien, Argentinien und Paraguay gehören, bedeute. „Wenn der Beschluss der Grünen der Todesstoß für Mercosur war, dann wäre das ein historisches Versagen“, so Spahn.

Dr. Malte Kaufmann (AfD) sagte in Richtung der Unionsfraktion, dass die AfD schon sehr lange fordere, dass das Wohl Deutschlands „im Vordergrund steht und nicht die Klientel- und Ideologienpolitik“. Mit dem Lieferkettensorgfaltspflichtgesetz lege die Regierung „die Axt an die deutsche Wirtschaft“, so Kaufmann: „In der Folge werden noch mehr Unternehmen Deutschland verlassen.“ Man müsse die heimische Industrie unterstützen und nicht durch eine „Vielzahl von Gängelungen wie der CO2-Bepreisung“ schwächen, forderte der AfD-Abgeordnete.

Plenardebatte zur Großen Anfrage der AfD zur Ausbreitung von Sars-CoV-2

Die Bundesregierung schreibt in ihrer Antwort auf die Große Anfrage, Studien kämen zu unterschiedlichen Prävalenzschätzungen bezüglich der Long-Covid-Erkrankungen. Aktuelle Studien ließen vermuten, dass der Anteil Long-Covid-Betroffener bei den mit Sars-CoV-2 infizierten Personen bei etwa 6 bis 15 Prozent liege. Die Häufigkeit von Long-Covid scheine bei Kindern und Jugendlichen im Vergleich zu Erwachsenen geringer zu sein, heißt es weiter. Neueren epidemiologischen Studien und einer Übersichtsarbeit zufolge werde die Prävalenz bei Kindern und Jugendlichen zwischen einem und vier Prozent geschätzt.

Dazu sagte der gesundheitspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Martin Sichert: „Wie wir heute wissen, hat die Bundesregierung viele Lügen verbreitet, um die übergriffigen Corona-Maßnahmen zu rechtfertigen. ‚Fast 60 Millionen Deutsche sind inzwischen vollständig geimpft, ohne dass wir von schweren Nebenwirkungen oder langfristigen Einschränkungen erfahren hätten‘, sagte etwa Kanzler Scholz Ende 2021. Dabei wusste die Regierung zum damaligen Zeitpunkt schon von zehntausenden Verdachtsfällen schwerer Nebenwirkungen und Todesfällen nach Impfung. Zum anderen hatte die Bundesregierung unter Angela Merkel, der auch Kanzler Scholz als Finanzminister angehörte, im März 2021 zeitweilig den Impfstoff von AstraZeneca wegen mehrerer Todesfälle durch die Impfung zeitweilig vom Markt genommen. Die Antwort auf die Große Anfrage bestätigt nun, was unsere Fraktion seit Jahren immer und immer wieder kritisiert hat: Die Regierungen Scholz und Merkel haben vorhandene Daten bewusst nicht zusammengeführt, Fakten ignoriert und die Menschen mit willkürlichen Maßnahmen gegängelt. Aus all dem kann nur eine Schlussfolgerung gezogen werden: Der Bundestag braucht einen Untersuchungsausschuss, um die desaströse Corona-Politik aufzuarbeiten, die Verantwortlichen zu benennen und um dafür Sorge zu tragen, dass sich diese düstere Zeit in unserem Land nie wiederholt.“

Rückblick auf die Plenarwoche

Donnerstag, 30. November

Geplante Anpassungen im Völkerstrafrecht in erster Lesung beraten

Die Bundesregierung will das Völkerstrafgesetzbuch (VStGB) nachschärfen. Einen entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung ([20/9471](#)) hat das Parlament am Donnerstag, 30. November 2023, beraten. Im Anschluss an die rund 45-minütige Aussprache wurde die Vorlage zur weiteren Beratung an den federführenden Rechtsausschuss überwiesen.

Laut Gesetzentwurf der Bundesregierung sollen unter anderem weitere Tatbestände der sexualisierten Gewalt im Normentext genannt werden. Dazu gehören der Vorlage zufolge unter anderem die Tatbestandsalternativen des „sexuellen Übergriffes“, der „sexuellen Sklaverei“, des „Gefangenhaltens eines unter Zwang geschwängerten Menschen“ sowie des „erzwungenen Schwangerschaftsabbruchs“. Mit der Anpassung will die Bundesregierung laut Entwurf auch auf bereits vorgenommene Änderungen im Strafgesetzbuch reagieren.

Die erweiterten Tatbestandsalternativen sollen sowohl beim Tatbestand des Verbrechens gegen die Menschlichkeit (Paragraf 7 VStGB) als auch beim Tatbestand des Kriegsverbrechens gegen Personen (Paragraf 8 VStGB) zum Tragen kommen. Zudem soll laut Entwurf „die sexuelle Orientierung als unzulässiger Grund für die Verfolgung einer identifizierbaren Gruppe oder Gemeinschaft durch Entziehung oder wesentliche Einschränkung grundlegender Menschenrechte aufgenommen werden“. Wie die Bundesregierung zur Begründung anführt, habe „in den vergangenen Jahren [...] das Völkerstrafrecht sowohl auf internationaler als auch auf nationaler Ebene zunehmend an Bedeutung gewonnen“. „Vor allem der massive Einsatz sexualisierter Gewalt hat zu einem gesteigerten Bewusstsein für die Lückenhaftigkeit des bestehenden deutschen Völkerstrafrechts geführt“, heißt es weiter.

Stephan **Brandner** erklärte, dass die Bundesregierung ein so wichtiges und ernstes Anliegen mit dem eingebauten Klamauk völlig zerstöre. So ersetzt diese die Begrifflichkeit der ‘geschwängerten Frau’ durch den ‘geschwängerten Menschen’, was der Ernsthaftigkeit der Debatte nicht gerecht werde. Auch betonte er, dass der Opferschutz ein wichtiges Anliegen sei, dem Deutschland insgesamt mehr Aufmerksamkeit schenken müsse.

Bundestag berät Antrag zur Elementarschadenversicherung

Der Bundestag hat sich am Donnerstag, 30. November 2023, mit einem Antrag der CDU/CSU, der die „Elementarschadenversicherung fit für die Zukunft machen“ will ([20/8732](#)), befasst. Der Antrag wurde im Anschluss an die halbstündige Debatte in den federführenden Rechtsausschuss überwiesen.

Antrag der Union

Die Union fordert unter anderem eine versicherungsvertragsrechtliche Sicherstellung, „dass im Neugeschäft die Wohngebäudeversicherung nur noch mit einer Elementarschadenabsicherung angeboten wird, die nach Belehrung über die Konsequenzen ausgewählt werden kann“.

Außerdem sollten sämtliche Wohngebäudeversicherungen im Bestandsgeschäft zu einem Stichtag um eine Elementarschadenversicherung erweitert werden, heißt es. Innerhalb einer gewissen Frist und nach Belehrung über die Konsequenzen müsse diese ausgewählt werden können.

Stephan **Brandner** stellte klar, dass die Debatte notwendig sei und die schreckliche Ahrthalkatastrophe viel zu lange in Vergessenheit geraten sei. Es sei eine Schande, dass Malu Dreyer für ihr vollständiges Versagen in der Katastrophe das Bundesverdienstkreuz umgehungen bekam. Außerdem stellte Brandner darauf ab, dass die CDU einem Gesetzentwurf der AfD-Fraktion in Baden-Württemberg nicht zugestimmt habe, der das Thema aufgriff.

Rückblick auf die Plenarwoche

Freitag, 1. Dezember

Kritik und Rechtfertigungen zum Nachtrag für den Haushalt 2023

Die Bundesregierung hat den Entwurf für ein Nachtragshaushaltsgesetz 2023 (20/9500) vorgelegt. Damit reagiert die Bundesregierung auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 15. November 2023 zum Nachtragshaushalt 2021. Konkret will die Bundesregierung schwerpunktmäßig die Finanzierung des Wirtschafts- und Stabilisierungsfonds sowie des Sondervermögens „Aufbauhilfe 2021“ sicherstellen. Die bisherige Finanzierungsmodalität war durch das Urteil in Frage gestellt worden. Um die Finanzierung zu sichern, ist eine Ausnahme von der Schuldenregel des Grundgesetzes nötig. Die Koalitionsfraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP haben dazu einen entsprechenden Antrag (20/9501) vorgelegt. Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) betonte, mit dem Nachtragsentwurf passe die Bundesregierung den Haushalt an die höchsttrichterlichen Vorgaben an.

Peter Boehringer (AfD) stellte für seine Fraktion vor: „Der Haushaltsentwurf bleibt und ist verfassungswidrig.“ Eine Notsituation liege nicht vor, eine rückwirkende Heilung sei nicht möglich. Zudem werde die Schuldenaufnahme im Klima- und Transformationsfonds und in anderen Sondervermögen außen vor gelassen. Die Verschuldung für 2023 sei tatsächlich dreimal so hoch wie zulässig, führte der haushaltspolitische Sprecher der AfD-Fraktion aus. Die Union kritisierte Boehringer dafür, dass sie gegen den Nachtrag nicht klagen wolle.

Kontroverse Debatte zur Zukunft der deutschen Autoindustrie - Kein Verbot des klimaneutralen Verbrennungsmotors

Der Bundestag hat am Freitag einen Antrag der CDU/CSU-Fraktion mit dem Titel „Der Bundesminister für Digitales und Verkehr muss sein Versprechen einlösen – Kein Verbot des klimaneutralen Verbrennungsmotors“ (20/9322) beraten. Die Unionsfraktion fordert die Bundesregierung in ihrem Antrag unter anderem auf, sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass bis Juni 2024 ein verbindliches Regelwerk geschaffen wird, das die Neuzulassung von ausschließlich mit klimafreundlichen Kraftstoffen betriebenen Fahrzeugen auch über das Jahr 2035 hinaus zulässt und diese somit vom Neuzulassungsverbot für Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor ausnimmt.

Dr. Dirk Spaniel (AfD) sieht die Autoindustrie in Deutschland am Abgrund stehen, wenn selbst VW sich dazu bekenne, nicht mehr wettbewerbsfähig zu sein. Zurückzuführen sei dies auf das Versagen der Bundesregierung. „Ihre Politik der Subvention von Elektromobilität kommt offensichtlich bei den Herstellern nicht an“, sagte er. Die Menschen kauften in Deutschland keine E-Autos, weil diese „als Erstfahrzeug unpraktikabel und nicht nutzbar sind“. Die AfD, so Spaniel, habe sich schon vor fünf Jahren dafür stark gemacht, dass E-Fuels auf die CO₂-Flottengrenzwerte angerechnet werden. Der damalige Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) habe sich jedoch auf der europäischen Ebene nicht dafür eingesetzt.

Aktuelle Videos



Unseriöse Gestalten im Bundestag
5 Fragen - 5 Antworten



Ernsthafte Politik statt Genderklamauk!
Anpassung des Völkerdtrafrechts



Steuerhöhungen sind gut für die
Gastronomie?
Gute Fragen - schlechte Antworten



Das ist Niedertracht pur! (Kurzvideo)



STEPHAN
BRANDNER

7

#BRANDNERUNTERWEGS Bürgerdialog in Sperenberg u.a. mit Birgit Bessin



**STEPHAN
BRANDNER**

8

“Über Polen und Deutsche” Veranstaltung der AfD-Bundestagsfraktion mit Prof. Andrzejewski & Götz Frömming



Unterwegs im Wahlkreis



**STEPHAN
BRANDNER**

10

Vorankündigung



EINLADUNG

START 2024

STEPHAN BRANDNER

JANUAR | 4 | 2024
— 18:00 Uhr —

WAHLKREISBÜRO ZEULENRODA
SCHLEIZER STRASSE 8

Anmeldung:
stephan.brandner.ma11@bundestag.de



EINLADUNG

START 2024

STEPHAN BRANDNER

JANUAR | 5 | 2024
— 18:00 Uhr —

WAHLKREISBÜRO ALTENBURG
KESSELGASSE 25

Anmeldung:
stephan.brandner.ma02@bundestag.de



EINLADUNG

START 2024

STEPHAN BRANDNER

JANUAR | 23 | 2024
— 18:00 Uhr —

WAHLKREISBÜRO GERA
RUDOLF-DIENER-STRASSE 21

Anmeldung:
stephan.brandner.ma04@bundestag.de



EINLADUNG

START 2024

STEPHAN BRANDNER
UND TORSTEN CZUPPON

JANUAR | 24 | 2024
— 18:00 Uhr —

WAHLKREISBÜRO SÖMMERDA
WEISSENSEER STR. 8

Anmeldung:
stephan.brandner.ma02@bundestag.de



EINLADUNG

START 2024

STEPHAN BRANDNER
UND RINGO MÜHLMANN

JANUAR | 25 | 2024
— 18:00 Uhr —

WAHLKREISBÜRO APOLDA
RITTERSTRASSE 4

PIC•COLLAGE



STEPHAN
BRANDNER

11

Kommende Sprechstunden

Sprechstunde

Dezember

8

Wahlkreisbüro
Altenburg

Anmeldung unter
stephan.brandner.ma11@bundestag.de

AfD

Sprechstunde

Januar

4

Wahlkreisbüro
Zeulenroda

Anmeldung unter
stephan.brandner.ma11@bundestag.de

AfD

Sprechstunde

Januar

5

Wahlkreisbüro
Altenburg

Anmeldung unter
stephan.brandner.ma11@bundestag.de

AfD



STEPHAN
BRANDNER

12

Weitere Termine



Bürgerdialog: Am 04.12.2023!
Mit Stephan Brandner MdB und Thorsten Moritze MdL

Es muss ein Ruck durch Deutschland gehen!

Ort: Bismarckstraße 150 in Wilhelmshaven
Beginn: 19 Uhr, Einlass ab 18 Uhr.

AfD Thorsten Moritze
Für Sie im Niedersächsischen Landtag



05. Dezember 2023
Raum Cloppenburg

Stephan Brandner kommt!

Anmeldung bei eurem AfD Kreisverband oder:
✉ brandner@afd-oldenburg-land.de

AfD Kreisverbände Cloppenburg-Vechta
Oldenburg-Land und Ammerland

Gastgeber: AfD KV Cloppenburg / Vechta | Rosenstraße 9a | 49413 Dinklage



06.12.2023
18:00 Uhr

stellv.
Bundessprecher

**Stephan Brandner:
Bericht aus dem
Bundestag**

Ort: Raum Osnabrück
Anmeldung: info@afdosnabrueck.de

Mit anschließender
Weihnachtsfeier!

AfD
Kreisverband
Osnabrück



WIR VOR ORT

mit Stephan Brandner MdB und Enrico Komning MdB

12. JANUAR | 17.30 UHR

**GASTHOF & PENSION
„ZUM HIMMEL“
GREIFSWALDER CHAUSSEE 1
17509 GROß-ERNSTHOF**


FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

V.i.S.d.P.: AfD-Bundestagfraktion • Vertreten durch den Fraktionsvorsitz • Bürgerbüro • Platz der Republik 1 • 10117 Berlin

1/1



**STEPHAN
BRANDNER**

13

Unsere Kalender für 2024 sind da!



Bleiben Sie auf dem Laufenden



**STEPHAN
BRANDNER**

14

Wir stehen an Ihrer Seite

Wahlkreisbüro Gera
Rudolf-Diener-Straße 21
07545 Gera
Tel.: 03 65 - 20 42 41 30
Fax: 03 65 - 22 69 12 50
E-Post: kontakt@brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Di bis Do: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Gößnitz
Zwickauer Straße 11
04639 Gößnitz
Tel.: 03 44 93 - 25 95 13
E-Post: goessnitz@brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Do und Fr: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Altenburg
Kesselgasse 25
04600 Altenburg
Tel.: 03 44 93 - 25 95 13
E-Post: altenburg@brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Mo und Mi: 10-17 Uhr



Wahlkreisbüro Zeulenroda
Schleizer Straße 8
07937 Zeulenroda-Triebes
Tel.: 03 66 28 - 96 35 02
E-Post: zeulenroda@brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Mo und Do: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Sömmerda
Weißenseer Straße 8
99610 Sömmerda
Tel.: 0 36 34 - 69 22 888
E-Post: soemmerda@brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Mo: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Apolda
Ritterstraße 4
99510 Apolda
Tel.: 0 36 44 - 83 20 468
E-Post: apolda@brandner-im-bundestag.de
Nach Vereinbarung

Besuchen Sie mich auch im Netz

-  www.facebook.com/stBrandner
-  www.twitter.com/stbrandner
-  www.instagram.com/stephanbrandner
-  www.youtube.com/c/stephanbrandnermdb
-  t.me/StephanBrandnerMdB
-  www.tiktok.com/@brandner_afd
-  <https://whatsapp.com/channel/0029Va8SDPbGehEUippEJx1r>

Stellen Sie Ihre Fragen bei Abgeordnetenwatch

Möchten Sie mich finanziell unterstützen?

Kreisverband Jena-Gera-SHK
Sparkasse Jena Saale-Holzland
IBAN: DE42 8305 3030 0018 0346 75
BIC: HELADEF1JEN
Verwendungszweck: Stephan Brandner

Sie haben Fragen an mich?

Schnell über www.abgeordnetenwatch.de stellen und auch andere davon profitieren lassen!

www.stephan-brandner.de



Stephan Brandner
Platz der Republik 1
11011 Berlin



STEPHAN BRANDNER

15